

WESTPFALZ-INFORMATIONEN



Ausgabe Nr. 130, Januar 2010

Aktuelle demografische Entwicklung in der Westpfalz

PLANUNGSGEMEINSCHAFT
WESTPFALZ



Impressum:

Herausgeber: Planungsgemeinschaft Westpfalz
Körperschaft des öffentlichen Rechts

Vorsitzender: Oberbürgermeister
Dr. Klaus Weichel, Kaiserslautern

Redaktion: Geschäftsstelle der
Planungsgemeinschaft Westpfalz
Bahnhofstraße 1, 67655 Kaiserslautern
Fon: 0631 205 774-0
Fax: 0631 205 774-20

Internet: <http://www.westpfalz.de>
E-Mail: pgw@westpfalz.de

Geschäftsführer und Leitender Planer
Theophil Weick (thw), v.i.S.d.P
Hans Joachim Fette (hjf)
Herbert Gouverneur (heg)
Stefan Germer (smg)

Auflage: 850 Stück
Druck: PRINTEC Repro-Druck Vertriebs-GmbH, 67657 Kaiserslautern
Online-Version (PDF-Format) jeweils verfügbar im Internet unter www.westpfalz.de

Alle Beiträge, Grafiken und Fotos sind urheberrechtlich geschützt. Eine (auch teilweise) Verwertung, z.B. Vervielfältigung, Speicherung in elektronischen Systemen, Nachdruck unterliegt den Grenzen des Urheberrechtsgesetzes und ist nur mit vorheriger Genehmigung des Herausgebers möglich. Belegexemplar jeweils erbeten.

Umschlaggestaltung unter Verwendung einer Höhendarstellung der Region Westpfalz auf Grundlage des Digitalen Geländemodells, veröffentlicht mit Erlaubnis des Landesvermessungsamtes Rheinland-Pfalz vom 02.12.1998, Az. 2.3668-6/98

Zu diesem Heft

Der demografische Wandel, gekennzeichnet insbesondere durch den Rückgang der Bevölkerung und deren Alterung, wird in der Region Westpfalz zunehmend offensichtlich; er wird sich beschleunigt fortsetzen. Hinter den statistischen Daten, die die Entwicklung kennzeichnen, verbergen sich große Herausforderungen. Schlagwortartig seien einige Entwicklungen genannt:

- Der Bevölkerungsrückgang beschleunigt sich.
- Der Anteil der Jüngeren nimmt ab und der Anteil der Älteren nimmt deutlich zu.
- Die soziale und technische Infrastruktur ist der zu erwartenden geringeren Bevölkerungszahl und den geänderten Ansprüchen der unterschiedlichen Nutzergruppen anzupassen.
- Auslastungsprobleme von sozialen Infrastruktureinrichtungen wie z.B. Grundschulen zeichnen sich ab; das Schulsystem befindet sich im Umbau.
- Die Zahl der Nutzer des ÖPNV wird allein durch geringere Schülerzahlen zurückgehen. Es besteht Anpassungsbedarf auch an die veränderte Schullandschaft.
- Mit der eingeleiteten Kommunal- und Verwaltungsreform ergeben sich veränderte Rahmenbedingungen.



Der Wandel ist aber auch als Chance zu begreifen. Die zentrale Frage ist: Wie können die Planungsgemeinschaft Westpfalz, die Landkreise, Städte und Gemeinden der Region Westpfalz den demografischen Wandel aktiv gestalten und die Lebensqualität auch in den ländlichen Teilen der Region trotz tiefgreifender demografischer Veränderungen sichern? Erforderlich ist eine Doppelstrategie aus Gegensteuern und Anpassen.

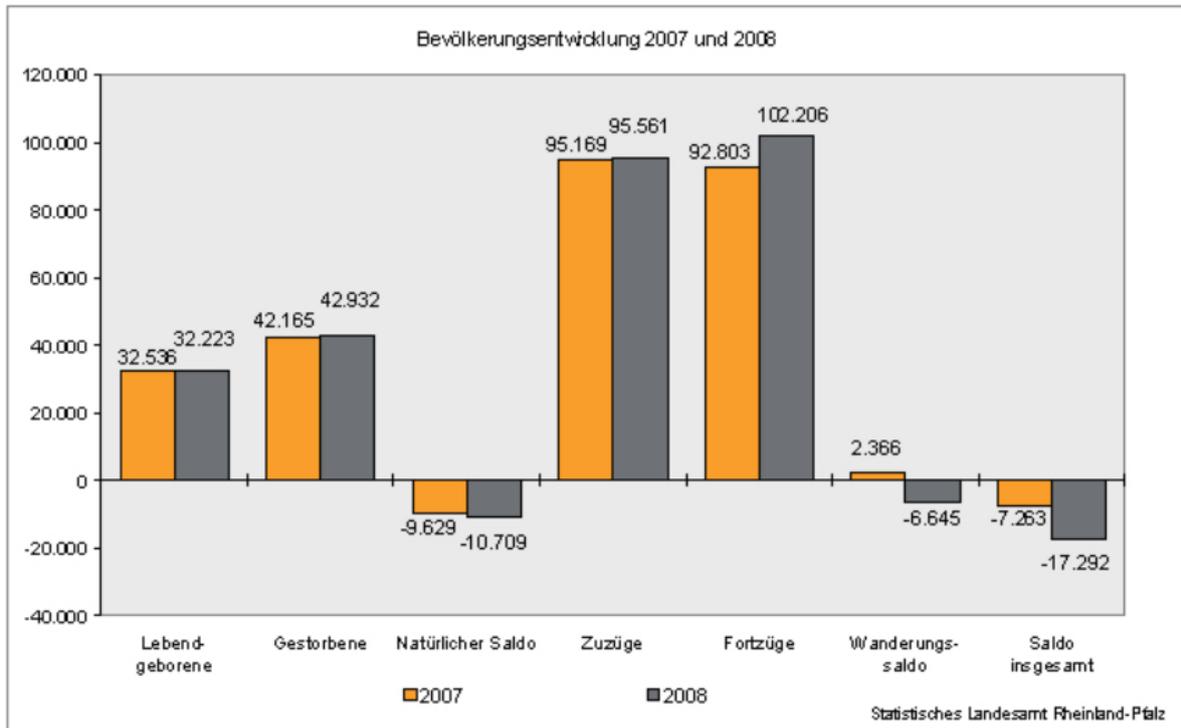
Die vorliegende Ausgabe der WESTPFALZ-INFORMATIONEN verschafft zunächst einen Überblick über wesentliche Aspekte der jüngsten demografischen Entwicklung in der Region Westpfalz. Daran anschließend werden stichwortartig Ansätze aus bundesweit laufenden Modellprojekten zum Umgang mit den Herausforderungen der demografischen Entwicklung vorgestellt sowie auf mögliche Handlungsoptionen hingewiesen.

Der demografische Wandel bedarf fortlaufend hoher Aufmerksamkeit und Einflussnahme, um die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse weiterhin sicher zu stellen. Gerade die kommunalpolitisch Verantwortlichen sind aufgerufen, den demografischen Wandel aktiv zu gestalten. Im Rahmen von Raumordnung und Regionalentwicklung bietet die Planungsgemeinschaft Westpfalz dabei ihre Unterstützung an.

OB Dr. Klaus Weichel
Vorsitzender

Die aktuelle demografische Entwicklung in der Region Westpfalz

In Rheinland-Pfalz ist die Einwohnerzahl 2008 das vierte Jahr in Folge gesunken. Der Rückgang betrug rund 17.300 Personen. Im Jahr 2008 starben mehr Menschen als ein Jahr zuvor, gleichzeitig ging die Zahl der Neugeborenen geringfügig zurück. Die Zahl der Fortzüge über die Landesgrenzen war deutlich höher als im Vorjahr, während die Zuzüge nur geringfügig anstiegen.



Quelle: Pressemitteilung Nr. 98/17.07.09 des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz

Die **Zahl der Geborenen** lag 1 Prozent unter der des Vorjahres. Der im Jahr zuvor beobachtete Anstieg der Geburtenzahlen hat sich damit nicht fortgesetzt. Die erhofften dauerhaft höheren Geburtenzahlen sind damit ausgeblieben; auch eine deutliche Abschwächung des rückläufigen Trends ist nicht erkennbar.

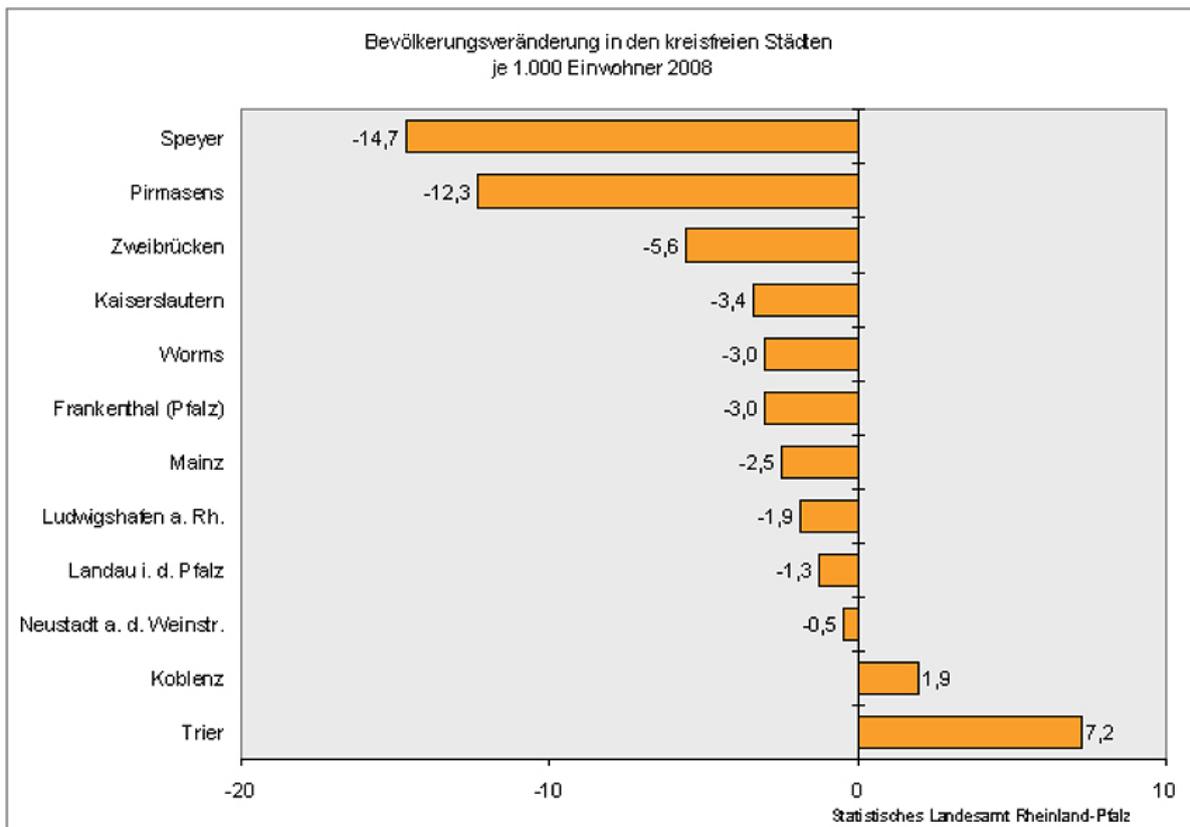
Die **Zahl der Sterbefälle** lag 1,8 Prozent höher als im Vorjahr. Dies ergibt sich trotz weiter steigender Lebenserwartung daraus, dass immer mehr ältere Menschen zur Bevölkerung gehören, die naturgemäß ein höheres Sterberisiko haben. Die Anzahl der Gestorbenen liegt schon seit Jahren auf diesem Niveau. Auch in den kommenden Jahren wird es hier keine grundlegenden Änderungen geben. Das bedeutet, dass zukünftig stets mehr Menschen sterben als geboren werden.

Neben dem natürlichen Saldo wird die Entwicklung der Zahl der Bevölkerung durch die **Zu- und Fortzüge** geprägt. Die zeitliche Entwicklung der Wanderungen ist in den vergangenen Jahren durch tendenziell sinkende Zuzüge über die Landesgrenze bei variierenden Fortzügen gekennzeichnet. Dabei musste Rheinland-Pfalz im Jahr 2008 erstmals seit vielen Jahren einen Wanderungsverlust verzeichnen.

In der Westpfalz überstiegen 2008 die Sterbefälle die Zahl der Geburten um 2.309 (negativer natürlicher Saldo) – Zahl der Fortzüge überstieg die Anzahl der Zuzüge um 1.926 (negativer Wanderungssaldo).

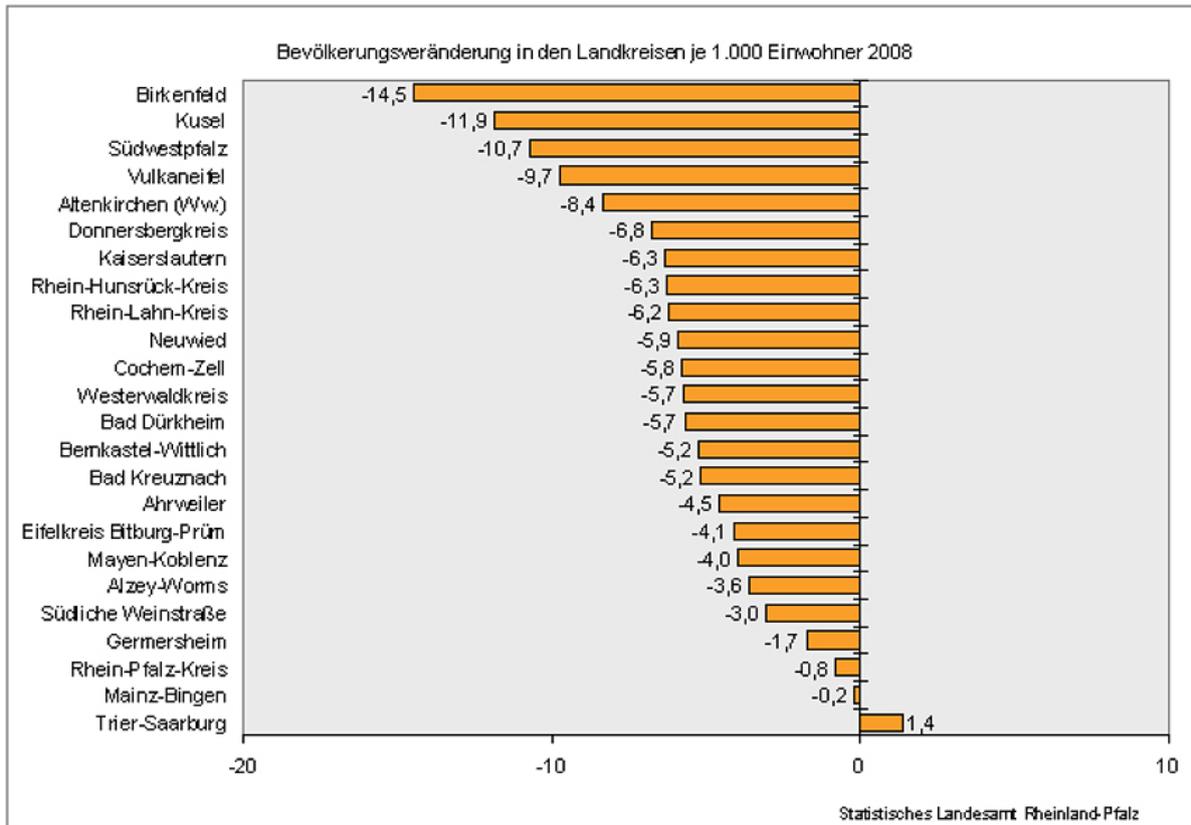
In der Summe ging also die Zahl der Bevölkerung in der Westpfalz im Jahr 2008 um 4.235 zurück.

Eine Betrachtung der Entwicklung auf Ebene der kreisfreien Städte und der Kreise zeigt, dass im vergangenen Jahr rheinland-pfalz-weit fünf kreisfreie Städte und drei Landkreise einen positiven Wanderungssaldo ausweisen konnten. Die natürliche Bevölkerungsbewegung zeigt - mit einer Ausnahme - in allen Gebieten eine negative Bilanz. Damit war im vergangenen Jahr nur noch in zwei kreisfreien Städten und in einem Landkreis der Wanderungsgewinn groß genug, um den negativen Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung auszugleichen.



Quelle: Pressemitteilung Nr. 89/03.07.2009 des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz

Von den drei kreisfreien Städten der Region Westpfalz liegt Pirmasens mit -12,3, bezogen auf je 1.000 Einwohner, knapp hinter dem „Spitzenreiter“ Speyer bei der Veränderung der Zahl der Bevölkerung 2008, bezogen auf je 1.000 Einwohner. Zweibrücken und Kaiserslautern folgen auf Rang 3 und 4 unmittelbar mit deutlich niedrigeren Veränderungswerten von -5,6 bzw. -3,4.

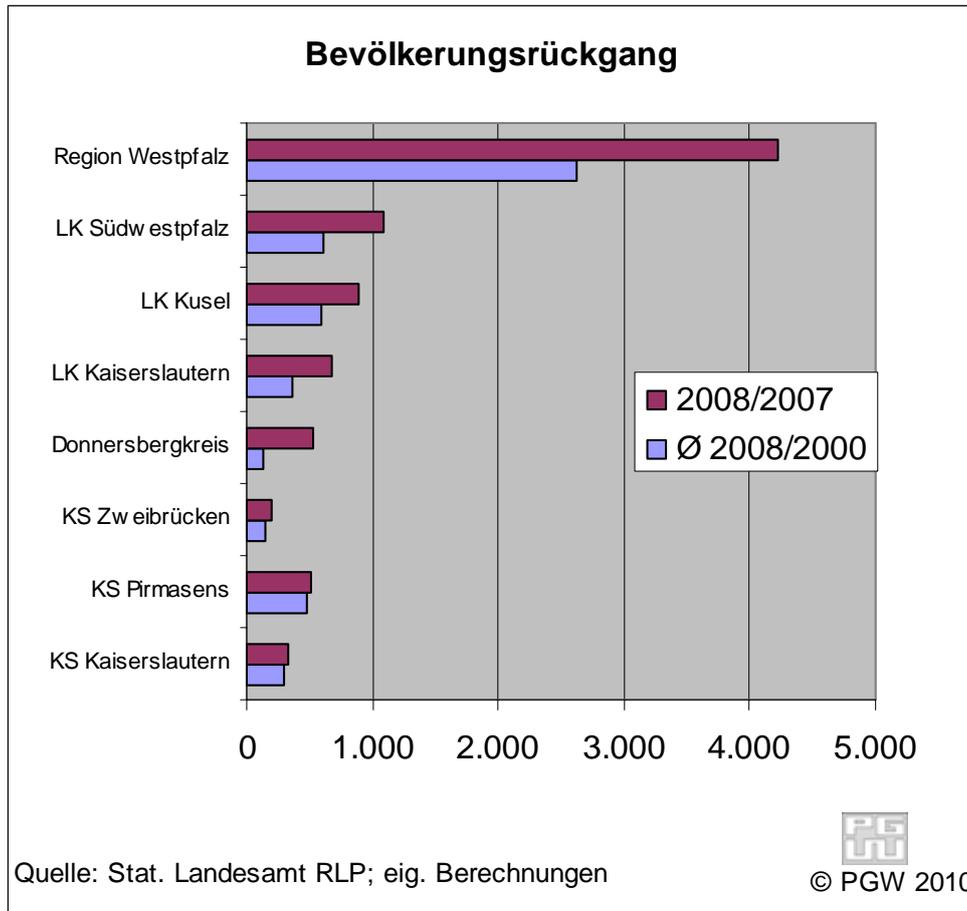


Quelle: Pressemitteilung Nr. 89/03.07.2009 des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz

Bei den Landkreisen liegt der Landkreis Kusel mit einem Rückgang von -12,3 je 1.000 Einwohner auf Rang 2 knapp hinter dem „Spitzenreiter“ Landkreis Birkenfeld. Es folgt unmittelbar der Landkreis Südwestpfalz (Rang 3) mit -10,7 und mit geringem Abstand auf Rang 6 der Landkreis Donnersbergkreis (-6,8) und auf Rang 7 der Landkreis Kaiserslautern (-6,3) der 24 Landkreise in Rheinland-Pfalz.

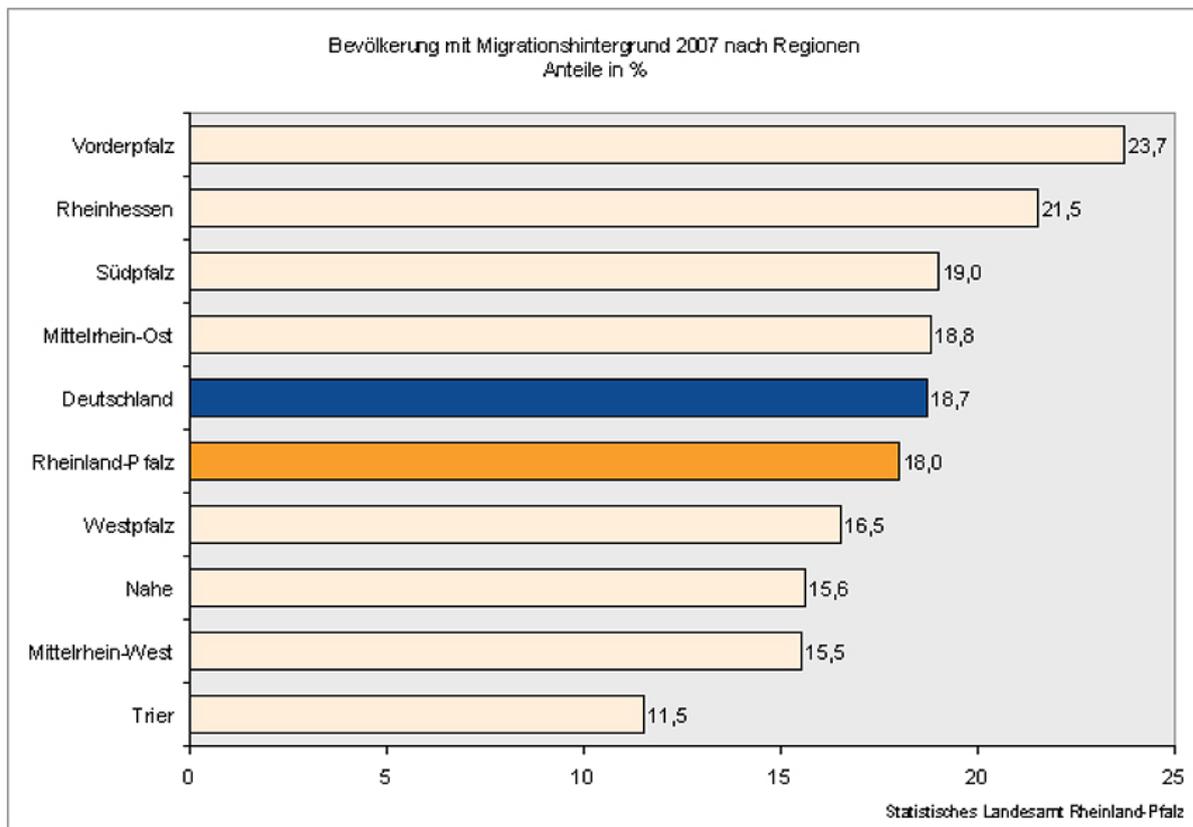
Deutliche Beschleunigung des Bevölkerungsrückgangs

Das Problem der demografischen Entwicklung ist die Geschwindigkeit des Wandels und nicht allein die Höhe des Bevölkerungsrückgangs. In den 8 Jahren von 2000 – 2008 ging die Bevölkerung in der Region um 20.967 Einwohner von 553.323 auf 532.356 zurück. Das entspricht einem durchschnittlichen jährlichen Rückgang um -2.621. Im Jahr 2008 betrug der Rückgang gegenüber dem Vorjahr 2007 bereits -4.235 Regionsbewohner. Das nachfolgende Diagramm verdeutlicht diese Beschleunigung des Bevölkerungsrückgangs in der Region.



Auch keine Gewinne für die Region durch Zuwanderung

In Rheinland-Pfalz lag der **Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund** an der Bevölkerung insgesamt im Jahr 2007 mit 18 Prozent knapp unter dem Bundesdurchschnitt von rund 19 Prozent. Im Saarland haben ebenfalls rund 17 Prozent der Einwohner einen Migrationshintergrund, in den anderen Nachbarländern liegen die Anteile höher (Baden-Württemberg: 25,3 Prozent; Hessen: 24,1 Prozent; Nordrhein-Westfalen: 23,4 Prozent). Die Daten sind aus dem Mikrozensus abgeleitet und methodisch nur für größere Einheiten wie Regionen zu ermitteln; Werte für Landkreise und kreisfreie Städte liegen nicht vor.



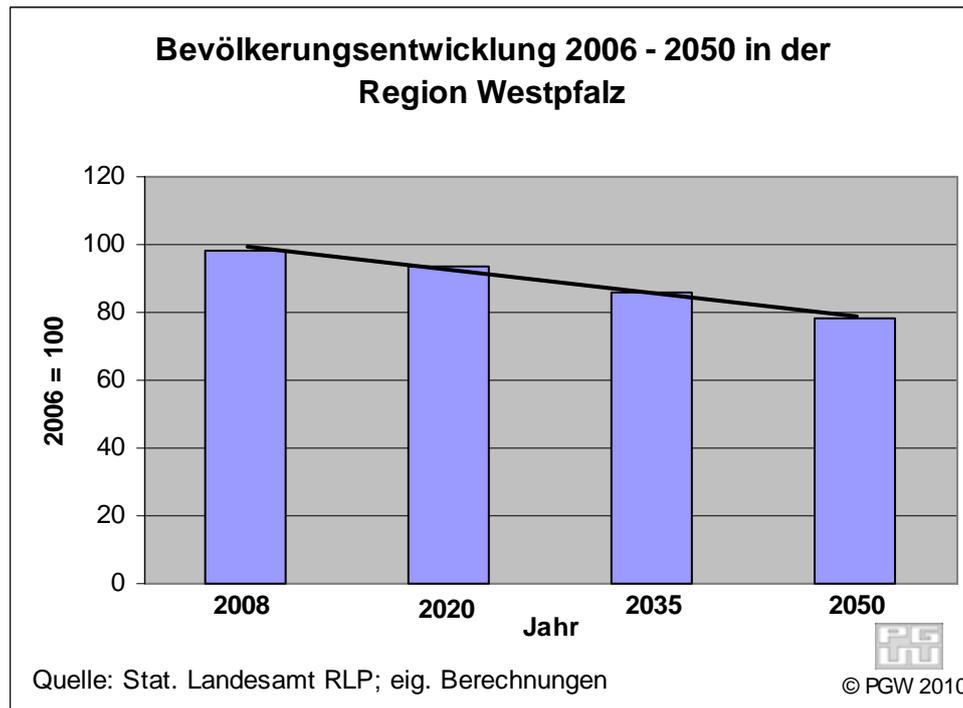
Quelle: Pressemitteilung Nr. 129/10.09.2009 des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz

In Rheinland-Pfalz lag der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in der Vorderpfalz mit knapp 24 Prozent besonders hoch. Die Region Westpfalz lag mit 16,5 Prozent Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund knapp unter dem Landesdurchschnitt.

Erhebliche Verluste bei langfristiger Bevölkerungsentwicklung

Die langfristige Bevölkerungsentwicklung der Region¹ stellt sich nach der Modellrechnung des Stat. Landesamtes (mittlere Variante)² wie folgt dar: Ausgehend von der Bevölkerungszahl im Ausgangsjahr 2006 (540.318) geht die Bevölkerungszahl bis 2020 um 6,7% zurück auf 477.414. Im Jahr 2035 wird eine Bevölkerungszahl von 463.869 errechnet und 2050 eine Bevölkerungszahl von 422.535 (-21,8%).

Das folgende Diagramm veranschaulicht diese Entwicklung.



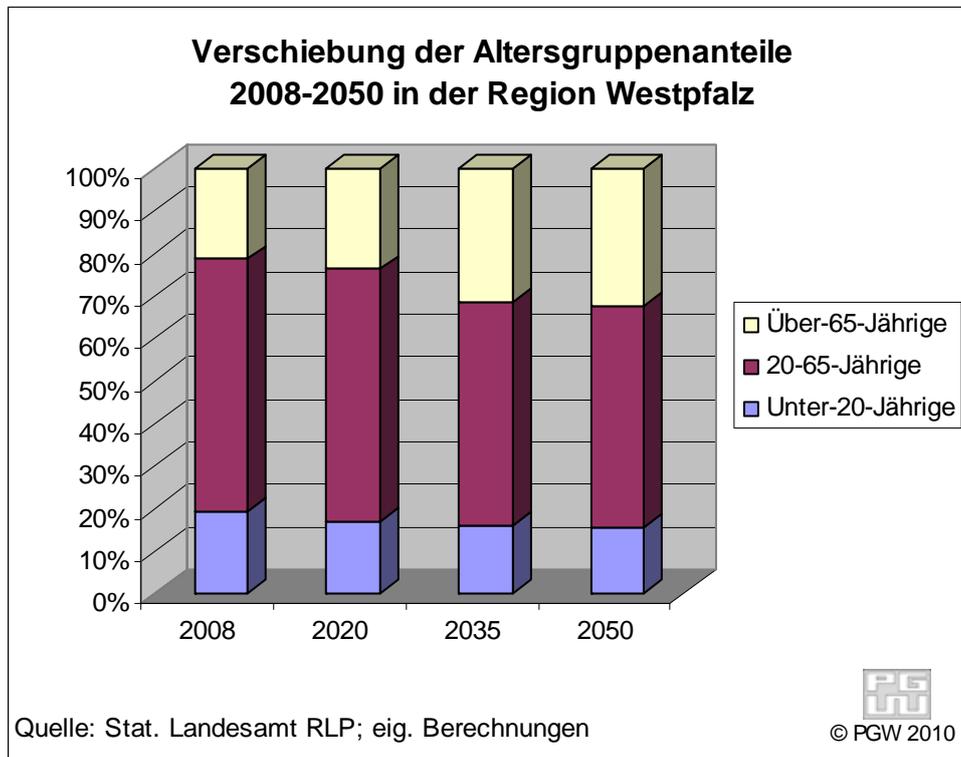
¹ In Ausgabe Nr. 127 der WESTPFALZ_INFORMATIONEN (Dezember 2008) wurde die sich abzeichnende Entwicklung bis 2020 für die einzelnen Gebietskörperschaften der Region Westpfalz bereits ausführlich dargestellt.

² Modellrechnung Bevölkerung 2006-2050 des Statistischen Landesamtes. Mittlere Variante. Annahmen:

- Die Geburtenrate steigt bis 2010 von jetzt 1,32 auf 1,4 Kinder je Frau und bleibt danach über den gesamten Zeitraum konstant.
- Die Lebenserwartung nimmt bis 2050 bei Frauen von 81,6 auf 88,2 Jahre und bei Männern von 76,5 auf 83,6 Jahre zu. Sie steigt also um etwa sieben Jahre.
- Der jährliche Wanderungsüberschuss steigt im Jahr 2007 auf 5.000 Personen und bleibt danach über den weiteren Zeitraum bis 2050 konstant.
- Mit der im Jahr 2011 stattfindenden Volkszählung, bei der die Statistiker primär Daten aus den Einwohnermelde-registern und anderen amtlichen Quellen nutzen, wird auch wieder eine aktualisierte Datengrundlage vorliegen. Die Daten der letzten Volkszählung von 1987 sind trotz regelmäßiger Fortschreibung fehlerhaft. Es wird davon ausgegangen, dass die Bevölkerungszahl niedriger ist als angegeben.

Eintritt in die Phase deutlicher Altersstrukturverschiebungen

Verschiebungen im **Altersaufbau der Bevölkerung** finden bereits seit langem statt. Die Alterung der Bevölkerung und damit die deutliche Verschiebung der Anteile der Altersgruppen der Unter-20-Jährigen (deutliche Abnahme), der 20-65-Jährigen (Abnahme) und der Über-65-Jährigen (deutliche Zunahme) an der Bevölkerung wird sich fortsetzen.

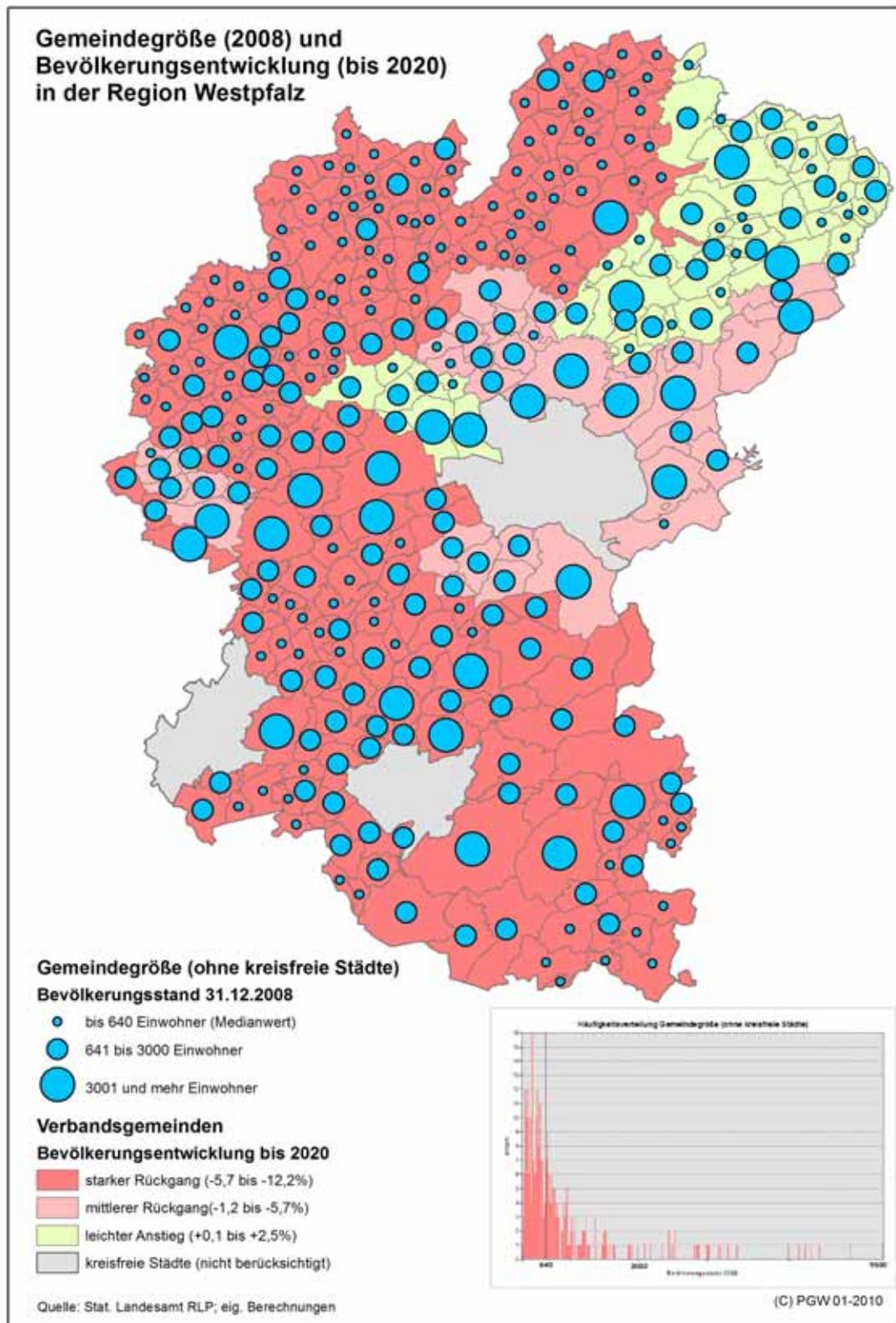


Die Altersstrukturverschiebungen werden sich bis 2035 beschleunigen und danach bis 2050 abgeschwächt fortsetzen. Der Altersdurchschnitt (Median³) lag 1970 bei 33 Jahren und 2006 bei 43 Jahren. Nach der Modellrechnung wird der Median 2020 bei 48 Jahren und 2050 bereits bei 51 Jahren liegen. Das heißt, die Hälfte der Bevölkerung im Jahr 2050 ist jünger als 51 Jahre, die andere Hälfte älter, während im Jahr 1970 noch 50% der Bevölkerung jünger als 33 Jahre waren.

³ Der Median (oder auch Zentralwert) liegt genau in der Mitte einer Datenverteilung. Die eine Hälfte aller Individualdaten (hier: Alter der Bevölkerung) ist kleiner, die andere größer als der Median.

Gemeindegröße und Bevölkerungsentwicklung

In der nachfolgenden Darstellung sind zwei Sachverhalte verknüpft: Die vorausberechnete Bevölkerungsentwicklung bis 2020 in den Verbandsgemeinden der Region bildet die Grundlage in drei Abstufungen der zurückgehenden Bevölkerungszahl. Die aktuelle Situation ist über die (wiederum dreistufige) Darstellung der Gemeindegrößenklasse nach Einwohnerzahl zum 31.12.2008 dargestellt. Die drei kreisfreien Städte sind aus methodischen Gründen nicht einbezogen.

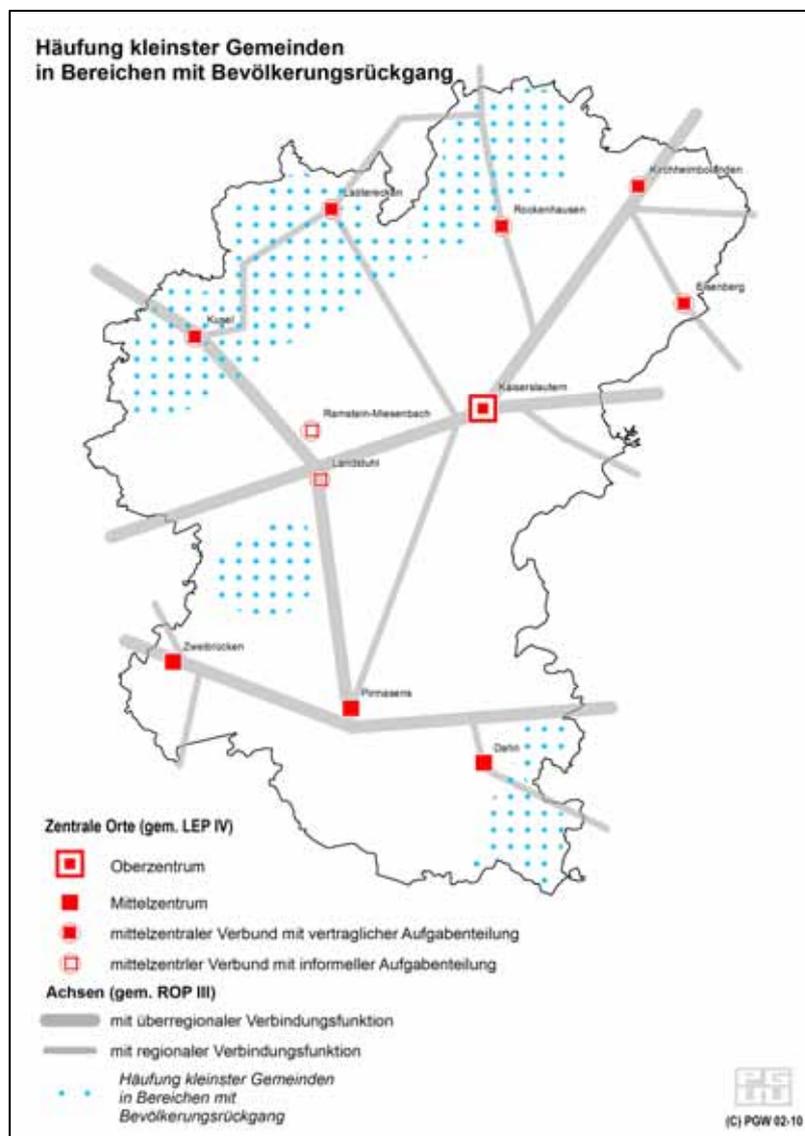


Es lässt sich feststellen: Etwa die Hälfte der Ortsgemeinden in der Region (157) hat bis zu 640 Einwohnern (Medianwert). Ohne Berücksichtigung der Zahl der Einwohner der drei kreisfreien Städte leben rund 15% der Einwohner (ca. 55.000) aller Gemeinden hier.

129 Gemeinden liegen in der Größenklasse 641 bis 3.000 Einwohner; hier leben ca. 158.800 Einwohner; dies entspricht etwa 44%. 27 Gemeinden haben 3000 und mehr Einwohner; dort leben etwa 144.000 Einwohner (ca. 40%).

Ist im Zentrum der Region und grob entlang der Entwicklungsachsen noch eine relative Gleichverteilung der mittleren und größten Gemeindegrößenklasse zu konstatieren, so fällt im nördlicher LK Kusel und im nordwestlichen LK Donnersbergkreis, im Bereich der Verbandsgemeinde Wallhalben und in der nördlichen VG Zweibrücken-Land sowie in der VG Dahner Felsenland eine relative Häufung von Gemeinden der kleinsten Größenklasse auf. Dies ist umso gravierender, da es sich ausnahmslos um Gebiete mit einer vorausgerechneten relativ starken Bevölkerungsabnahme handelt.

Insofern muss hier ein besonderes Augenmerk auf potenziell drohende Versorgungs- und Erreichbarkeitsprobleme gelegt werden.



Demografie- bzw. Tragfähigkeits-Check

"Die Ministerkonferenz für Raumordnung unterstützt Bemühungen für die Entwicklung und Einführung von „Nachhaltigkeits- bzw. Demographiechecks“, um bei allen Förderinstrumenten und bei Einrichtungen der Daseinsvorsorge und der Infrastruktur künftige Überdimensionierungen zu vermeiden. Dazu beitragen können auch eine wirksame Kopplung von Programmen und Maßnahmen zur Förderung der sozialen und technischen Infrastruktur an belastbare mittel- und langfristige Bedarfsprognosen sowie regionale Entwicklungskonzepte, um die Programme und Pläne besser aufeinander abzustimmen.“⁴

Nachfolgend werden beispielhaft fünf "Demografie-Checks" vorgestellt, von denen die Nr. 2, 3 und 4 im Internet frei verfügbar sind.

1. Raumordnungsbericht 2005 des Bundes

Hier wird in einer Karte auf demografisch bedingte Tragfähigkeitprobleme hingewiesen.⁵

Um die regionale Betroffenheit von solchen Tragfähigkeitsproblemen einzuschätzen, werden die Regionen (Kreise, kreisfreie Städte) nach relevanten demographischen Entwicklungsfaktoren gruppiert. Eine Clusteranalyse von Indikatoren der

- prognostizierten Bestandsänderungen der Gesamtbevölkerung sowie dreier Altersgruppen (Bevölkerungsentwicklung insgesamt und der unter 20-Jährigen, der 20- 65-Jährigen und der über 65-Jährigen) zusammen mit
- natürlichen und räumlichen Bevölkerungsbewegungen (natürliches Bevölkerungssaldo und Wanderungssaldo 2000 bis 2020) und der
- Bevölkerungsdichte (2000)

identifiziert fünf Gebietstypen mit unterschiedlichem Problemdruck und zugrundeliegenden Problemkonstellationen.“

Für die sieben westfälischen Gebietskörperschaften sind die demografisch bedingten Tragfähigkeitsprobleme nach dieser Bewertung

- deutlich überdurchschnittlich (LK Südwestpfalz)
- überdurchschnittlich (Pirmasens, Zweibrücken)
- durchschnittlich (Kaiserslautern, LK Kaiserslautern, LK Kusel)
- deutlich unterdurchschnittlich (LK Donnersbergkreis).

Die Prognosen der Bevölkerungsentwicklung wurden zwischenzeitlich aktualisiert. Eine positive Veränderung der Einschätzung der Tragfähigkeitsprobleme geht damit allerdings nicht einher.

⁴ Eckpunktebeschluss der 35. Ministerkonferenz für Raumordnung am 29. April 2008 in Stuttgart.

⁵ Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung – BBR, Bonn 2005, S. 110. Die Karte basiert auf der BBR-Bevölkerungsprognose 1999-2020 für Kreise, Laufende Raumbewertung des BBR, Clusteranalyse des BBR.

2. Die **Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz (ZIRP)** hat bereits im Jahr 2006 einen Fragebogen für rheinland-pfälzische Gemeinden zur Bevölkerungsentwicklung und deren Auswirkungen bereitgestellt. Dieser im Internet als PDF-Datei abrufbare Demografie-Check für Kommunen⁶ ist in neun Themenbereiche gegliedert, die den zentralen Handlungsfeldern entsprechen:

- Allgemein
- Infrastruktur
- Verwaltung
- Regionale Kooperation
- Wirtschaft und Finanzen
- Wohnen
- Bildung, Kinder- und Familienfreundlichkeit
- Senioren
- Ehrenamt.

Ziel ist es, die Betroffenen für die kommenden Herausforderungen zu sensibilisieren. Als Ergebnis ergibt sich ein Bewertungsprofil und eine Gesamteinschätzung. Komplettiert wird das Angebot durch Hinweis auf weitere Informationsangebote der ZIRP zum demografischen Wandel und Hinweisen zur Erstellung eines Leerstandskatasters als kommunales Instrument.

Dieses Angebot kann von allen Gemeinden der Region Westpfalz zur Orientierung genutzt werden.

3. Mit dem **Wegweiser Kommune**⁷, einer Weiterentwicklung des Wegweisers Demografischer Wandel, stellt die **Bertelsmann Stiftung** im Internet allen Kommunen ein vielfältiges Informationssystem zur Verfügung. Im Fokus stehen derzeit die Politikfelder Demographischer Wandel, Finanzen, Soziale Lage sowie Integration. Der Wegweiser Kommune ist ein Informations- und Frühwarnsystem für Kommunen, die sich aktiv um die Gestaltung des demographischen Wandels kümmern.

Für alle Städte und Gemeinden Deutschlands mit mehr als 5.000 Einwohnern beinhaltet der Wegweiser Kommune Daten, Prognosen und Handlungskonzepte für die kommunale Praxis. 2.997 Kommunen, in denen 85% der Bevölkerung leben, und den 323 Landkreisen ermöglicht der Wegweiser Kommune einen Überblick zu ihrer demografischen Entwicklung.

Ergänzend stehen für jede der Kommunen Daten und Handlungsempfehlungen zu den Politikfeldern Soziale Lage, Integration und zur wirtschaftlichen Entwicklung bereit. Darüber hinaus liegen für Nordrhein-Westfalen ausgewählte Finanzdaten vor sowie ein Kommunaler Finanzcheck. Ein deutschlandweites Angebot dieser Daten soll folgen.

Im Einzelnen enthält der Wegweiser folgende Komponenten:

- Demografierelevante Daten in den Politikfeldern Demografischer Wandel, Finanzen (nur für NRW), Soziale Lage und Integration.
- Eine Bevölkerungsprognose bis 2025 auf Gemeinde- und Kreisebene.
- Konkrete und differenzierte Handlungskonzepte für kommunale Problemlagen, basierend auf einer bundesweiten Clusteranalyse.

⁶www.zukunftsradar2030.de/index.php?option=com_content&view=article&id=73:demographie-checks&catid=47:zr2030-demographischerwandel&Itemid=78

⁷ www.wegweiser-kommune.de: Online-Tools (www.aktion2050.de, www.aktion2050.de/wegweiser, www.aktion2050.de/demographiekonkret, www.aktion2050.de/demographiemonitor, www.forum-demographie.de)

Die Informationsplattform ist über das Internet frei zugänglich und richtet sich an kommunale Entscheider in der Politik sowie im Management. Sie stellt auch für Journalisten und Bürger einen wichtigen Service dar, um sich aktiv und konkret in die Gestaltung des demografischen Wandels vor Ort einzubringen.

Diese Zielgruppen profitieren dabei von der erstmalig flächendeckenden Bereitstellung von Daten, Prognosen und Handlungskonzepten für die kommunale Ebene. Das Angebot kann von allen Städten und Gemeinden der Region Westpfalz mit mehr als 5.000 Einwohnern genutzt werden.

In Ergänzung zum Wegweiser Kommune bietet die Bertelsmann Stiftung kostenpflichtige Workshops für kommunale Führungskräfte aus Politik und Verwaltung an:

- Modul 1 Sensibilisierung: Fundierte Informationen und individuelle Auswirkungen
- Modul 2 Handlungskonzepte: Relevante Handlungsfelder und zielorientierte Umsetzung
- Modul 3 Management: Strategische Planung und erfolgreiche Kommunikation

4. Die **Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming** führt Demografieberatungen für Dörfer durch. U. a. bietet sie einen webbasierten **Vitalitätstest** für Dörfer (mit bis zu 1.000 Einwohnern) an.

In den drei Bereichen

- Bevölkerung
- Lokale Wirtschaft und
- Soziales Zusammenleben

sind Daten aus der amtlichen Statistik zusammenzutragen oder durch eigene Erhebungen zu ergänzen und über eine Webabfrage⁸ einzugeben.

Was wird bei diesem Vitalitätstest gemacht?

- Erheben: Erheben Sie selbst 21 wichtige Daten Ihres Dorfes als Arbeitsgrundlage und geben Sie diese Daten ein. Erweitern Sie Ihre Ortskenntnis.
- Vergleichen: Vergleichen Sie die automatisch berechneten Testergebnisse für Ihr Dorf mit anderen Orten aus Brandenburg und Teilen Europas.
- Erfahren: Erfahren Sie Einzelheiten hinsichtlich Ihrer individuellen demografischen, sozialen und wirtschaftlichen Situation in Ihrem Dorf.
- Beurteilen: Beurteilen Sie die längerfristigen Perspektiven Ihres Dorfes anhand Ihres Typs.
- Handeln: Bestimmen Sie, wo gehandelt werden sollte

Nach der Dateneingabe im Internet erhält man unmittelbar die Ergebnisse online und im Vergleich zu anderen Gemeinden. Dieser Vitalitätstest ist insbesondere für kleinere Gemeinden unter 1.000 Einwohner der Region Westpfalz geeignet.

⁸ www.hinterland-info.de

5. Die **Stadt Castrop-Rauxel** hat im Rahmen von Anpassungskonzepten und -strategien an die Herausforderungen des demografischen Wandels einen „**Demografie-Check**“ für **Planungs- und Förderverfahren sowie Vorlagen für Rat und Ausschüsse** eingeführt.

Kriterien für die Auswahl der demografietauglich zu fördernden Investitionen sind u.a.:

- Prognose der Auslastung (der Schule, des Kindergartens, der Altenwohnung, des Sportplatzes etc., Entfernung zur nächsten gleichen Einrichtung, Erreichbarkeit durch ÖPNV, Rechtliche Sicherung, Kundenbefragung/Markterkundung).
- Nachhaltige Vernetzung (Einbindung in kommunale/regionale Handlungskonzepte, Kooperation innerhalb der Kommune, Kooperation mit anderen Kommunen, Kooperation mit Institutionen/Vereinen/Verbänden etc., Kooperation mit Investoren (z.B. PPP).
- Langfristige Nutzung (Rechtliche Sicherung, Bauliche Sicherung, Festlegung Bindungsfrist, Barrierefreiheit).
- Alternativen (Nachnutzung/Umnutzung/Mitnutzung bestehender Bauten, Anmietung, Private Initiative).

Allen Checks gemeinsam ist, dass man sich zunächst ein Bild von den tatsächlichen Verhältnissen macht und von den voraussehbaren Entwicklungen. Daraus lässt sich dann der Veränderungsbedarf ableiten. Dieser ist dann in Form von Projekten anzugehen.

Handlungsoptionen

In dem seit 2007 laufenden **Modellvorhaben der Raumordnung „Demografischer Wandel - Region schafft Zukunft“** des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) wird auf die Zukunftschancen gesetzt, die sich aus dem demografischen Wandel ergeben. Um dem demografischen Wandel erfolgreich zu begegnen, sind komplexe und integrierte Ansätze zur Anpassung und zum Gegensteuern erforderlich. Mit einzelnen Projekten in einzelnen Handlungsfeldern lässt sich keine strategisch ausgerichtete Regionalentwicklung für schrumpfende Regionen realisieren. Letztendlich braucht man aber keine neuen Fördertöpfe, sondern eine Weiterentwicklung bestehender, vor allem auch eine bessere Bündelung auf der Bund-Länder-Ebene. Auf den Erfahrungen des Modellvorhabens basierend wurde vorgeschlagen, Förderprogramme von Bund und Ländern zu bündeln, um so Regionalbudgets für eine gezielte Regionalpolitik zugunsten von schrumpfenden, strukturschwachen ländlichen Regionen bereitstellen zu können.

Erklärtes Ziel ist es, eine angemessene Grundversorgung mit Leistungen der Daseinsvorsorge, insbesondere in den Bereichen Bildung, Gesundheit und öffentlicher Verkehr, sicherzustellen. Dies erfordert die Überprüfung und gegebenenfalls Modifizierung notwendiger öffentlicher Leistungen und Ausstattungsstandards in Abhängigkeit der jeweiligen Anpassungsfähigkeit.

Bei der **technischen Infrastruktur** sind weitaus höhere Remanenzkosten (Quasi-Fixkosten) durch die starke Dominanz der Kapitalkosten (durchschnittlicher Kapitalkostenanteil über 60%, bei Straßen und Fernwärme sogar Werte von bis zu 90%) gegeben. Verwaltungs- und Instandhaltungskosten erreichen dagegen nur Anteile von jeweils unter 10%.

Am Beispiel der Abwasserbeseitigung wird die Herausforderung deutlich (siehe Tabelle „Öffentliche Abwasserbeseitigung 2007“ im Anhang). Es gibt keine Kapazitätsprobleme, sondern mehr als ausreichende Kapazitäten. Ein weiterer Ausbau wird bis 2020 nur geringfügig sein. Das ausgebaute Kanalnetz lässt sich nur sehr begrenzt zurückbauen. Große Teile der Kanalnetze wurden vor 1980 errichtet; sie bedürfen in den nächsten Jahren einer umfassenden Sanierung. Gleichzeitig werden die Kapazitäten infolge Rückgangs der Bevölkerung weniger ausgelastet.

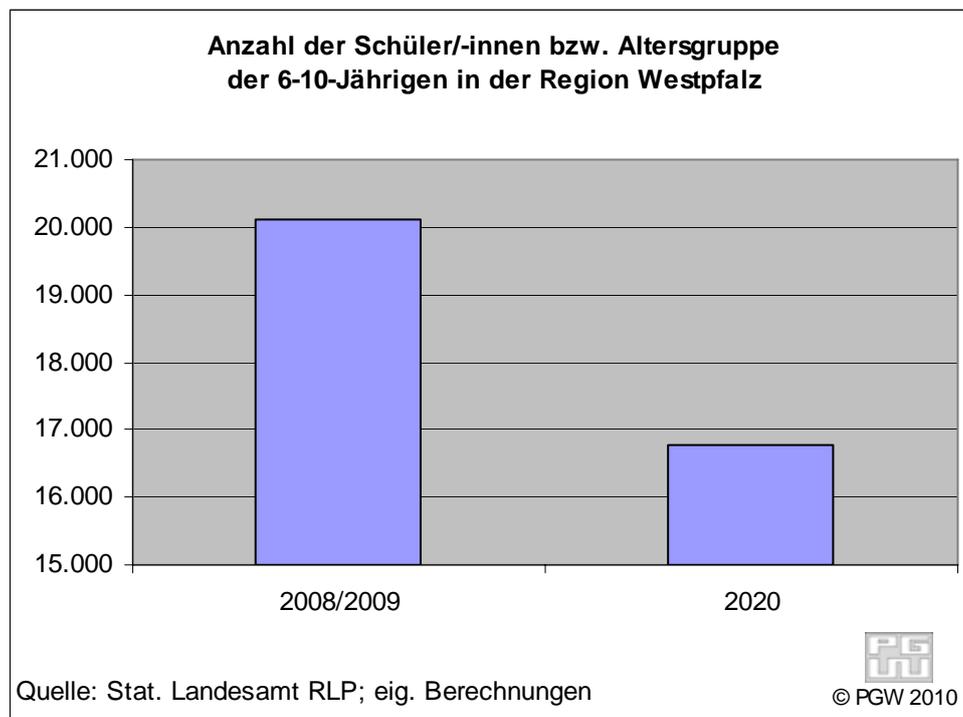
Die Betriebskosten – wie die Kapitalkosten - lassen sich aber nur in eng begrenztem Umfang vermindern. Bei einem deutlichen Rückgang der Bevölkerung führt dies zu einer Mehrbelastung der Nutzer.

Soziale Infrastrukturen zeigen ein höheres Maß von Anpassungsfähigkeit an veränderte siedlungs- und bevölkerungsstrukturelle Gegebenheiten,

So sind Kindertagesstätten- und Pflegeinfrastruktur vergleichsweise gut an Bevölkerungsrückgänge anpassbar. Durch den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für Dreijährige und die Erweiterung des Platzangebots für unter Dreijährige bis 2013 ergeben sich auch bei rückläufigen Kinderzahlen noch Möglichkeiten zum Erhalt oder sogar der Erweiterung von Kindertagesstätten. Bei Aufgabe von Kindergärten ist zu berücksichtigen, dass dann Fahrtkosten anfallen, die bei einer Gesamtbetrachtung einbezogen werden müssen. Für geeignete Räumlichkeiten sind auch ergänzende Nutzungen außerhalb der Öffnungszeiten der Kindertagesstätten einzuplanen, um die Auslastung zu verbessern: Seniorentreff, Übungsraum für Vereine, usw. .

Die Schul- und Sportinfrastruktur ist schwieriger an Bevölkerungsrückgänge anpassbar. Die Schullandschaft in Rheinland-Pfalz befindet sich mit der Einführung der Realschule+ als Ersatz für die wegfallende Hauptschule und der Schaffung von Ganztagschulen im Umbruch. Gleichzeitig werden Grundschulen infolge fehlender Schüler geschlossen oder zusammengelegt. Unter Beibehaltung der Standorte werden die Grundschulen in einem ersten Schritt organisatorisch zusammengefasst. Vonseiten der Raumordnung stellt das Zentrale-Orte-Konzept den wichtigsten Orientierungsrahmen bei der Schulstandortplanung dar.

Einen aktuellen Überblick der Schulsituation der Grundschulen im Schuljahr 2008/2009 gibt die Tabelle im Anhang. Bei der modellhaften Berechnung der Grundschüler (vereinfacht angenommen alle Kinder im Alter von 6-10 Jahren) gibt es im Jahr 2020 3.334 Grundschüler weniger als 2008/2009. Bei gleichbleibenden durchschnittlichen Klassengrößen in der Region wären dies 158 Klassen weniger und je nach Zügigkeit auch entsprechend weniger Schulen.



Die Landkreise und kreisfreien Städte sind verpflichtet, in regelmäßigen Abständen Schulentwicklungspläne aufzustellen bzw. fortzuschreiben. Dabei ist der enge Zusammenhang zwischen ÖPNV und Schülertransport bei planerischen Entscheidungen zu berücksichtigen.

Gesamtbetrachtungen z.B. zwischen den Betriebs- und Unterhaltungskosten für Schulen und den Kosten für den Schülertransport sind anzustellen, die sich nicht auf die einzelnen Finanzierungsträger beschränken dürfen. Alle Maßnahmen erfordern eine enge Koordination von Schul- und ÖPNV-Planung. Erleichtert wird dies dadurch, dass auch die Verantwortung für die Erstellung der Nahverkehrspläne bei den Landkreisen und kreisfreien Städten liegt. Neben den rein ökonomischen Fragen sind auch die kulturelle und integrierende Bedeutung der Schule in die Betrachtung einzubeziehen. Eine Standortaufgabe kommt einem empfindlichen Einschnitt in das Gemeindeleben gleich.

In Zukunft sollte beim Bau bzw. Umbau von Schulen verstärkt die Multifunktionalität und die Eignung der Bauten zur Umnutzung beachtet werden (Nachnutzung der Schulgebäude z.B. als Begegnungsstätte der Generationen). In engem Zusammenhang mit der Schulentwicklungsplanung steht die Sportstättenleitplanung, bei der die gleichen Kriterien wie oben angesprochen gelten.

Über die Sozialstationen und Pflegeheime ist die Versorgung der Bevölkerung mit Pflegeleistungen derzeit zwar weitestgehend gesichert. Bei zunehmender Alterung und damit auch Anstieg der Pflegebedürftigen und gleichzeitigem Rückgang der häuslichen Pflege bedarf es aber erheblicher Anstrengungen, insbesondere bei der Finanzierung von Pflegeleistungen, um ein Wegbrechen der häuslichen Pflege zu vermeiden und damit einem überproportionalen Anstieg der Nachfrage nach professioneller und kostenintensiver Hilfe entgegenzuwirken. Generell gilt es, den sozialen Zusammenhalt der Generationen stärken.

Zusammenfassend lassen sich aus den Modellvorhaben aus der Sicht des zuständigen BMVBS **folgende Forderungen** ableiten:

- Stärkung der Zentren (insbes. der Grundzentren) als Grundlage für die Entwicklung der umliegenden Räume.
- Stärkung von Verflechtungs- und Kooperationsbeziehungen
- Zusammenführung von Förderprogrammen zur Umsetzung demografischer Handlungskonzepte
- Verzahnung von Infrastrukturpolitik mit anderen Fachpolitiken
- Schaffung nachhaltig tragfähiger und effizienter Verwaltungsstrukturen
- Erhalt und Stärkung der ehrenamtlich ausgeübten kommunalen Selbstverwaltung.

Gute Beispiele

Eine Vielzahl von Projekten sind bundesweit bereits erfolgreich im Gange. Schlagwortartig seien hier nur einige Beispiele von Gemeinden und Gebietskörperschaften unterschiedlicher Größe aufgeführt, die sich an unterschiedliche Adressaten und Zielgruppen wenden. Einzelheiten können im Internet⁹ gelesen und heruntergeladen werden:

- Kommunale Agentur für Bildungserstberatung für Migrantinnen und Migranten
- Intergenerationelles Netzwerk
- Potentiale Älterer nutzen
- Integration unter einem Dach
- Integration im ländlichen Raum
- Betreuungsperspektiven schaffen – ein Mehrwert für Familien und Unternehmen
- Selbstbestimmtes Wohnen
- Betreutes Wohnen
- Demographische Entwicklung annehmen – ganzheitlich denken – strategisch agieren.

Ausblick

In Regionen mit stark abnehmender Bevölkerung – hierzu zählt auch die Region Westpfalz - wird es immer schwieriger und kostspieliger, Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge im bisherigen Maße bereitzustellen. Auf regionaler Ebene sind zukünftig

- eine bedarfsgerechte öffentliche Infrastrukturversorgung - als Ausdruck des Prinzips der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse – sicherzustellen, fortzuentwickeln und die notwendigen Anpassungen herbeizuführen;
- Mindeststandards der Versorgung im Zusammenhang mit veränderten Einzugsbereichen zu überprüfen und ggf. neu festzulegen;
- die Erreichbarkeit von Infrastrukturangeboten – insbesondere für wenig mobile, ältere Bevölkerungsgruppen – zu sichern;
- die unterschiedlichen Fachplanungen in Bezug auf den Anpassungsbedarf an den demografischen Wandel verbessert untereinander abzustimmen.¹⁰

Letztlich gehört dazu auch die Förderung einer kostensparenden Siedlungsentwicklung (Innen- vor Außenentwicklung und Maßnahmen gegen die Entleerung von Ortskernen) und die Abschätzung von Kostenfolgen alternativer Siedlungsentwicklungspfade.

Dazu ist eine strategische und mittel- bis langfristige Vorsorgeplanung (systematischer Handlungsentwurf) mit einem Zeithorizont bis 2020/2030 – basierend auf dem fortzuschreibenden ROP Westpfalz und der angedachten LEP-IV-Teilfortschreibung "Zentrale Orte" nach Abschluss der Kommunal- und Verwaltungsreform (KVR) - erforderlich.

⁹ www.demographiekonkret.aktion2050.de/Kommunen.15.0.html

¹⁰ vgl. auch: Bericht „Demografischer Wandel und nachhaltige Infrastrukturplanung“ des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung beim Deutschen Bundestag (vom 29.03.2007) sowie: Handlungskonzept der Bundesregierung zur Weiterentwicklung der ländlichen Räume (April 2009)

Schwerpunkte sollten u.a. sein:

- Schulentwicklung und ÖPNV
- Gesundheitsversorgung (Schwerpunkt Ärztliche Versorgung)
- Nicht polizeiliche Gefahrenabwehr (Feuerwehr, Rettungsdienst, Katastrophenschutz).

Methodisch bedarf es dazu u.a. folgender Arbeitsschritte; die Erarbeitung

- einer kleinräumigen Bevölkerungsprognose;
- einer Erreichbarkeitsmodellierung;
- einer qualitativen Bedarfsanalyse sowie
- der kooperativen Erarbeitung des Masterplan Daseinsvorsorge als Handreichung für kommunalpolitische Entscheidungsprozesse.

(hjf)

Anhang

Öffentliche Abwasserbeseitigung 2007					
Kreisfreie Stadt (KS) Landkreis (LK) Region	Bevölkerung 2007	Kanalnetz 2007	Ausbaugröße	Angeschlossen	Abwasser- aufkommen
	Anzahl	Länge in km	Einwohnerwerte		1.000 m ³
KS Kaiserslautern	97.959	465,1	210.000	189.282	22.568
KS Pirmasens	42.194	260,9	99.400	73.325	6.090
KS Zweibrücken	34.764	263,9	70.000	47.522	5.912
LK Donnersbergkreis	78.105	772,1	91.700	63.469	5.263
LK Kaiserslautern	107.941	927,3	197.650	143.943	14.524
LK Kusel	75.373	740,2	117.818	86.637	10.105
LK Südwestpfalz	102.094	874,4	154.293	119.660	11.798
Region Westpfalz	538.430	4303,9	940.861	723.838	76.260
Statistisches Landesamt/eigene Berechnungen					

Unterhaltung des Kanalnetzes je Einwohner im Vergleich 2007/2020			
Kreisfreie Stadt (KS) Landkreis (LK) Region	Kanalnetz 2007	Bevölkerung 2020	Kanalnetz 2020
	m/Einwohner	Anzahl	m/Einwohner
KS Kaiserslautern	4,75	92.569	5,02
KS Pirmasens	6,18	37.301	6,99
KS Zweibrücken	7,59	32.401	8,14
LK Donnersbergkreis	9,89	76.613	10,08
LK Kaiserslautern	8,59	102.433	9,05
LK Kusel	9,82	68.924	10,74
LK Südwestpfalz	8,56	93.674	9,33
Region Westpfalz	7,99	503.915	8,54

Statistisches Landesamt/eigene Berechnungen. Unterstellt wird ein gegenüber 2007 bis 2020 nicht weiter ausgebautes Kanalnetz.

Schulen, Klassen, Schülerinnen und Schüler an Grundschulen der Region Westpfalz											
Kreisfreie Stadt (KS) Landkreis (LK) Region	Schuljahr 2008/2009				2006	2010	2015	2020			
	Insgesamt				Modellrechnung (Mittlere Variante)						
	Schulen	Klassen	Schüler/- innen	Ø Klassen- größe	Altersgruppe 6-10 Jahre				Klassen (bei unveränder- ter Klassen- größe)	Differenz zu 2008/2009	
	Anzahl				Anzahl						
KS Kaiserslautern	20	152	3.231	21,3	3235	2968	2743	2789	131	-21	
KS Pirmasens	9	72	1.471	20,4	1515	1284	1184	1177	58	-14	
KS Zweibrücken	8	63	1.341	21,3	1339	1190	1112	1100	52	-11	
LK Donnersbergkreis	21	152	3.294	21,7	3406	3023	2865	2861	132	-20	
LK Kaiserslautern	30	208	4.396	21,1	4649	4009	3677	3705	176	-32	
LK Kusel	22	140	2.780	19,9	2876	2491	2275	2279	115	-25	
LK Südwestpfalz	30	173	3.589	20,7	3893	3188	2890	2857	138	-35	
Region Westpfalz	140	960	20.102	20,9	20913	18153	16746	16768	802	-158	

Quelle: Statistisches Landesamt/ eigene Berechnungen

Inhalt und Aufgaben der Raumordnung allgemein

Der Mensch beansprucht Raum und verändert ihn. Dazu tragen vielfältige Entwicklungen in den Bereichen Wohnen, Arbeiten, Versorgen, Erholen und Kommunizieren bei. Die Raumordnung hat generell die Aufgabe, diese Raumannsprüche sowie deren Veränderung mit den vorhandenen natürlichen Ressourcen unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Erfordernisse abzustimmen (Prinzip der Nachhaltigkeit) und wertgleiche Lebensbedingungen für die Bevölkerung zu gestalten (Prinzip der Gleichwertigkeit).

Raumordnung in Rheinland-Pfalz

Die für die Raumordnung in Rheinland-Pfalz maßgebenden Ziele finden sich auf Landesebene im Landesentwicklungsprogramm (LEP) und auf der Ebene der Planungsregionen in den Regionalen Raumordnungsplänen (ROP). Der ROP ist dabei die Nahtstelle zwischen örtlicher und überörtlicher Planung; hier erfolgt sowohl die konkretisierende Ausarbeitung von Zielen und Grundsätzen der Raumordnung für das Gebiet der Gesamtregion als auch die Abstimmung zwischen dieser zusammenfassenden, koordinierenden und langfristig angelegten Planung mit der Bauleitplanung (Flächennutzungs- und Bebauungsplan) der Kommunen.

Zuständig für Raumordnung und Regionalentwicklung im Gebiet der jeweiligen Region sind die Planungsgemeinschaften – für die Region Westpfalz die Planungsgemeinschaft Westpfalz (PGW). Mitglieder der PGW sind die kreisfreien Städte Kaiserslautern, Pirmasens und Zweibrücken, die Landkreise Donnersbergkreis, Kaiserslautern, Kusel und Südwestpfalz sowie Kammern und Verbände (IHK, HWK, LWK, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände).

Organisation der PGW

Regionalpolitische Entscheidungen werden in der Regionalvertretung und dem hieraus gewählten Regionalvorstand getroffen. Fachliche Fragen werden in zwei Ausschüssen (I= Raumordnung, II = Regionalentwicklung) bis zur Entscheidungsreife vorbereitet. Die Geschäftsführung übernimmt der Leitende Planer mit einer kleinen Stabsstelle in Kaiserslautern.



Seit über 40 Jahren zum Wohle der Region

Raumordnung und Regionalentwicklung werden in der Westpfalz bereits seit 40 Jahren erfolgreich betrieben. Zum ersten Mal konstituierte sich die Regionalvertretung der PGW am 18. Oktober 1968.

Hauptaufgabe ist die Aufstellung und Fortschreibung des Regionalen Raumordnungsplans. Mit dem am 08.11.2004 verbindlich gewordenen ROP konnte der ROP aus dem Jahr 1990 und dessen Teilfortschreibung aus dem Jahr 1995 kontinuierlich, kreativ und innovativ weiterentwickelt werden. Mit dem aktuellen ROP ist es der PGW gelungen, einen sog. schlanken Plan vorzulegen, einen Plan also, der sich auf seine Kernkompetenzen beschränkt und daher ein effektives Instrument zur Beeinflussung der räumlichen Entwicklung der Region darstellt. Die Kernkompetenzen sind die Koordination von Raumnutzungen, der vorsorgende Schutz der raumgebundenen Ressourcen und die Gewährleistung einer weitreichenden Planungs- und Investitionssicherheit.

Mit Beschluss der Regionalvertretung vom 13.11.2009 wird der ROP Westpfalz derzeit auf Basis des LEP IV fortgeschrieben.

Ergänzend ist die Regionalentwicklung gefordert, durch Erarbeitung von Entwicklungsstrategien und -konzeptionen ihren Beitrag zur Moderation und Koordination komplexer räumlicher Entwicklungen zu leisten.